



## **Niederschrift zur 2. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Mittwoch, den 10.03.2010  
**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:39 Uhr  
**Ort, Raum:** **Gaststätte der Sporthalle Dabendorf, Jägerstraße 13, 15806 Dabendorf**

### **Anwesend sind:**

#### **Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Karola Andrae

#### **Stadtverordnete(r)**

Herr Sven Baranowski

Frau Melinda Bock

Herr Tim Grebe

Herr Michael Heilgermann

Herr Peter Hummer

Herr Wilfried Käthe

Herr Torsten Kniesigk

Herr Hermann Kühnapfel

Herr Hans-Jürgen Lüders

Herr Olaf Manthey

Herr Ralf Markwardt

Frau Petra Miersch

Herr Andreas Noack

Herr Carsten Preuß

Herr Dr. Rainer Reinecke

Herr Reinhard Schulz

Herr Jürgen Steinert

Herr Rolf von Lützwow

Frau Freifrau Maria von Schrötter

Herr Rainer Zurawski

#### **Bürgermeisterin**

Frau Michaela Schreiber

#### **Protokollantin**

Frau Miriam Heinrich

#### **Gäste**

Bürger

ca. 15

Herr Reck - MAZ

### **Es fehlen:**

#### **Stadtverordnete(r)**

Frau Sabine Brumm

entschuldigt

Herr Burkhard Degner

entschuldigt

Frau Sylvia Menges

entschuldigt

Frau Susanne Michler  
Herr Erwin Rust  
Frau Waltraud Schröder  
Frau Gudrun Timm

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt

**zu 1 Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Andrae eröffnete um 19:07 Uhr die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

**zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Von 29 Stadtverordneten waren 22 anwesend. Die Sitzung war somit beschlussfähig.

**zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Frau Andrae wies zu Beginn der Sitzung auf einen vorliegenden Dringlichkeitsantrag der CDU hin. Herr Kühnapfel begründete daraufhin als Einreicher den Antrag und dessen Dringlichkeit. Herr Kühnapfel wies ausdrücklich darauf hin, dass das Thema freie Trägerschaft in den kommenden Monaten des Öfteren Thema werden würde. Es wäre daher sinnvoll, sich mit den Trägern in Verbindung zu setzen. Er wies nachdrücklich darauf hin, dass unabhängig von diesem Dringlichkeitsantrag der Haushalt sofort beschlossen werden sollte, da die freiwerdenden Mittel der Grundschule (GS) Glienick zur Verfügung gestellt werden sollten.

Frau Andrae bat nach den Ausführungen von Herrn Kühnapfel um Abstimmung zur Aufnahme des Antrages der CDU auf die Tagesordnung:

Abstimmung: 22 / 0 / 0

Damit wurde der Antrag einstimmig unter Punkt 8 auf die Tagesordnung genommen.

**zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung vom 04.11.2009 mit Fortführungssitzung am 12.11.2009, 13.11.2009, 25.11.2009 (19:00 Uhr), 25.11.2009 (20:00 Uhr)**

Niederschrift vom 04.11.2009/12.11.2009

Frau Andrae bat um Überprüfung der Seite 11 der Niederschrift. Ihrer Meinung nach hätte eine weitere Abstimmung stattgefunden. Dies sollte von der Verwaltung überprüft werden. Frau Schreiber betonte, dass alle Abstimmungen protokolliert worden sind und lediglich eine Verschiebung auf den Seiten stattgefunden habe. Frau Andrae verlangte, dass die Protokollkontrolle auf die Sitzung am 24.03.2010 verschoben werden soll.

Herr Dr. Reinecke bemängelte, dass die Antworten der Bürgermeisterin nicht ausführlich im Protokoll stehen. Dies sollte zumindest Stickpunktartig erfolgen. Unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen und Mitteilungen ...“ stünde wieder nur der allgemeine Satz, dass Frau Schreiber alle Anfragen beantwortete. Seiner Meinung nach könne so über die Niederschrift nicht abgestimmt werden.

Niederschrift vom 13.11.2009

Keine Anmerkungen.

Abstimmung: 17 / 0 / 5

Niederschrift vom 25.11.2009 (19:00 Uhr)

Keine Anmerkungen.

Abstimmung: 18 / 1 / 3

Niederschrift vom 25.11.2009 (20:00 Uhr)

Herr Lüders bemängelte aufs ausführlichste, dass seine wörtliche Rede, die er der Protokollantin zu Protokoll gegeben hatte, nicht in diesem wiedergegeben wurde. Dies betraf seinen Redebeitrag hinsichtlich der drei Missbilligungen gegenüber der Bürgermeisterin. Herr Lüders betonte, dass er die Protokollantin gebeten hätte, mitzuschreiben und alles wort-wörtlich ins Protokoll zu übernehmen. Auf seine Nachfrage habe die Protokollantin ihm bestätigt, dass sie alles mitbekommen habe. Er bat Frau Andrae darum, Einsicht in das Originalprotokoll zu nehmen und beantragte die Protokollkontrolle zurückzuweisen und das nächste Mal nochmals vorzulegen.

Abstimmung zur Wiedervorlage auf der nächsten Sitzung: 12 / 0 / 10

**zu 5 Bericht aus der Verwaltung**

Frau Schreiber wies kurz darauf hin, dass alle Stadtverordneten einen Brief mit den neuen Terminen der Finanzausschusssitzungen erhalten hätten. Am 24.03.2010 wird die SVV stattfinden. Sie bat die Stadtverordneten darum, vorher schon ihre Post zu öffnen.

**zu 6 Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Anfragen.

**zu 7 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung**

Herr Grebe bat um Auskunft, wann das letzte Gespräch mit dem Landkreis zur Baugenehmigung der neuen Kita gewesen sei. Des Weiteren wollte er wissen, wie so eine Niederschrift zustande komme. Was passiert nach der SVV, wer schreibt das Protokoll und wer liest Korrektur und was passiert danach?

Frau Schreiber bestätigte, dass aus Sicht der Verwaltung alle Unterlagen eingereicht worden seien.

Frau Andrae informierte darüber, dass Herr Gärtner vom Landkreis ebenfalls diese Aussage getätigt habe. Man warte wohl lediglich auf einen Stempel von einer anderen Behörde. Die Stadt Zossen habe alle Unterlagen sachgerecht und zeitnah eingereicht.

Frau Schreiber beantwortete auch die zweite Anfrage von Herrn Grebe ausführlich. Hierbei betonte sie, dass die Mitarbeiterin die während der Sitzung das Protokoll schreibt, dies auch nach der Sitzung in das dafür vorhandene EDV-Programm überträgt. Dies kann oftmals nicht unmittelbar in den auf die entsprechende Sitzung folgenden Tagen geschehen, da es noch andere Sitzungen vorzubereiten gäbe und bei weiteren Sitzungen Protokoll zu schreiben sei.

Weiterhin stellte Frau Schreiber klar, dass es nicht immer möglich sei die Redebeiträge der Stadtverordneten wortwörtlich mitzuschreiben, da diese ihre wörtliche Rede oftmals ändern oder Sätze mehrfach ändern bzw. umformulieren.

Frau von Schrötter bemängelte die Protokolle des SJBS ebenfalls. Diese würden immer dürftiger werden und nicht mehr verwendbar sein. Des Weiteren bat Frau von Schrötter, eine Einladung zur Ausschusssitzung am 22.03. zur Haushaltsdebatte der für den SJBS relevanten Punkte einzuberufen.

Frau Schreiber wies sie darauf hin, dass bereits alle Stadtverordneten schriftlich und per Post zu den entsprechenden Finanzausschusssitzungen eingeladen wurden. Gerne

werde sie jedoch nochmals ein entsprechendes Schreiben an die Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner versenden.

Um 19:27 Uhr verlies Frau Schreiber die Sitzung. Es waren nunmehr 21 Stadtverordnete anwesend.

Frau von Schrötter machte ausdrücklich auf die Anwesenheitspflicht von Frau Schreiber an der Stadtverordnetenversammlung aufmerksam. Mehrere Stadtverordnete wiesen Frau Andrae daraufhin, dass sie in diesem Falle die Sitzung unterbrechen müsse.

Herr Lüders bat Frau Andrae dafür Sorge zu tragen, dass am 11.03.2010 die handschriftlichen Protokolle vorgelegt werden. Es reiche jedoch auch aus, wenn Frau Andrae sich selber die Sachen ansehen würde.

Ab 19:30 Uhr war Frau Schreiber wieder anwesend und entschuldigte sich für das Verlassen der Sitzung aufgrund eines sehr dringlichen Anrufes der Polizei, den sie entgegen nehmen musste.

Nachdem Herr Kühnapfel Herrn Lüders darauf aufmerksam machte, dass beim Kreis zwar ein Tonbandmitschnitt einer jeden Sitzung gemacht würde, diese aber nach Schreiben des Protokolls unmittelbar vernichtet würde, sodass ein Überprüfen der Niederschrift auf diesem Wege ebenfalls nicht möglich sei, informierte Frau Andrae darüber, welche Unterlagen sie an die Stadtverordneten verteilt hatte.

Des Weiteren diskutierten die Anwesenden strittig über die Verfahrensweise hinsichtlich der Beanstandung des Beschlusses zur Hauptsatzung. Frau Schreiber verwies in diesem Zusammenhang auf die Kommunalverfassung und machte deutlich, dass die Beanstandung erst nach Versand der Einladung zur Sitzung erfolgte. Alle Stadtverordneten erhalten zur nächsten Sitzung das Protokoll der Sitzung und das Schreiben der Beanstandung. Dies sei der ganz normale Verfahrensablauf.

#### **zu 8 Beratung auf Antrag von Plan B zum Thema Kita (Tagespflege, Kita, freie Trägerschaft)**

Herr Noack begründete den Antrag als Einreicher damit, dass der Bürgermeisterin die Möglichkeit gegeben werden solle, über die Kündigung der Tagespflege durch den Kreis und über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Im Folgenden erklärte Frau Schreiber ausführlich die Unterschiede zwischen Tagespflege und Kitas in freier Trägerschaft. Sie bestätigte, dass es nach monatelangen Verhandlungen zu vertraglichen Änderungen tatsächlich einen Kündigungsgrund des Landkreises gegeben hätte. Dies aber nur für den Bereich der Tagespflege. Es gab zuvor keinen einzigen Grund, warum der Landkreis die Trägerschaft für Kitas kündigen sollte. Im Kündigungsschreiben sei nicht ausführlich auf die Gründe für die Kündigung hingewiesen worden. Frau Schreiber machte deutlich, dass ihrer Meinung nach bis zum heutigen Tage keine Gründe dafür vorliegen. Nach dem Kitagesetz sei es so, dass der Landkreis Träger aller Kitas und der Tagespflege ist. Dies kann ein freier Träger sein oder auch die Kommune. Dem Träger einer Kita stünden 84 % aller Kosten für pädagogisch notwendiges Personal zu. Im Jahre 2005 gab es einen Beschluss, dass die Stadt 60 % der Kosten des notwendigen pädagogischen Personals erhält. Dieser Betrag wurde in den vergangenen Jahren immer wieder nach oben angepasst, sodass die Stadt in den letzten Jahren 72 % der Aufwendungen erhalten habe. Bei Wirksamkeit der Kündigung würde auch die Kinderkostenpauschale nicht mehr gelten. Der Stadt stünden demnach 84 % zu. Dieser Betrag wird dann auch gegenüber dem Landkreis abgerechnet. In den letzten Jahren beliefen sich die Aufwendungen auf ca. 2 Mio. €. Frau Schreiber betonte weiterhin, dass sie derzeit dabei sei, dem Landkreis mitzuteilen, dass sie eine Verrechnung mit der Kreisumlage vornehmen werde. Weiterhin machte Frau Schreiber deutlich, dass sie auf keinen Fall zulassen werde, dass die Eltern mit ihren Betreuungsbescheiden nach Luckenwalde zum Landkreis müssen. Die Wege für die Eltern sollen weiterhin kurz gehalten werden.

Im Folgenden diskutierten die Anwesenden strittig die Verfahrensweise des Landkreises.

Um 20:37 Uhr beraumte Frau Andrae eine kurze Pause an.

Um 20:46 wurde die Sitzung fortgeführt.

Frau Schreiber betonte, dass ihrerseits immer die Bereitschaft bestünde, sich mit dem Landkreis zusammen zu setzen und eine gemeinsame Regelung zu finden. Nach kurzer Diskussion zur Verfahrensweise im Kreis fragte Frau von Schrötter, ob die Stadt noch keinen Bescheid zur Übernahme der Kosten für das notwendige pädagogische Personal erhalten hätte.

Frau Schreiber erklärte, dass nach ihrer Erinnerung noch kein Bescheid in der Verwaltung vorläge, sie dies jedoch am folgenden Tage in der Verwaltung nachsehen wolle.

Frau von Schrötter betonte, dass Herr Bührendt vom Kreis heute anwesend sei und beantragte, ihm Rederecht einzuräumen.

Frau Schreiber begrüßte das Rederecht für Herrn Bührendt und betonte, dass sie den neuen Dezernenten gerade erst in der Pause kennengelernt hätte. Des Weiteren führte sie aus, dass sie ein Schreiben des Landkreises erhalten habe, in welchem ein Gespräch vorgeschlagen wurde. Sie habe dem Landkreis danach telefonisch mitgeteilt, dass sie die Kündigungsgründe nicht mündlich sondern nur schriftlich entgegennehmen würde.

Abstimmung zum Rederecht von Herrn Bührendt: 21 / 0 / 0 (Herr Grebe ist abwesend)

Herr Horst Bührendt ist seit dem 1.3. der neue Dezernent (JSK) für die Ämter Jugend, Schule und Kultur. Herr Bührendt betonte, dass er in den ganzen Vorgang noch nicht involviert sei und nur über die Akten und über die Presse Informationen erhalten habe. Er berichtete weiterhin, dass eine Bescheiderteilung über Personalkosten in Höhe von 2,214 Mio. € (Pauschale 2.000,00 €/Kind) ergangen sei. Dieser Bescheid müsste in der Post sein. Er ist ebenfalls der Meinung, dass sich die Stadt und der Landkreis noch einmal zusammen setzen sollen und im Interesse der Eltern eine Regelung finden.

Frau Schreiber erklärte ihre Bereitschaft sehr gerne ein Gespräch mit Herrn Bührendt zu führen. Sie merkte an, dass Unverständnis darüber herrscht, auf welcher Grundlage der Bescheid ergangen sei, wenn es doch keinen Vertrag zwischen dem Landkreis und der Stadt gäbe.

Herr Kühnapfel bat darum, einen Protokollbeschluss herbeizuführen, mit welchem Frau Schreiber aufgefordert wird, bis Ende der Woche ein Schreiben mit der Bitte um Bestätigung eines Terminvorschlages und Ortes – Frau Schreiber kann 2 Termine vorschlagen – an den Landkreis zu richten

Abstimmung zum von Herrn Kühnapfel vorgeschlagenen Protokollbeschluss: 21 / 0 / 0

---

Im folgenden Verlauf der Sitzung wurde der von Herrn Kühnapfel als Vorsitzender der Fraktion CDU eingereichte Antrag behandelt.

**Antrag der CDU Fraktion Zossen vom 05.03.2010; übergeben von Herrn Kühnapfel auf der SVV am 10.03.2010:**

**Betr. Interessenbekundung zur Kita-Trägerschaft in der Stadt Zossen durch die AWO, u. a.**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt und beauftragt die Bürgermeisterin:*

1. *Sofort mit der AWO u. a. auf der Grundlage des Angebotes vom 15.09./28.09.2009 über ein Finanzierungskonzept für den Bau einer Kita am*

Wünsdorfer Platz, OT Waldstadt, zu verhandeln. Grundlage sind die bisherigen Planungen für die Kita durch das Büro Plafond, Berlin.

2. Gleichzeitig ist durch die AWO u. a. ein Konzept für die Betreuung der Waldstadtkita mit musikalischer Früherziehung in Zusammenarbeit mit der Kreismusikschule vorzulegen. Diese Kita soll mit musikalischer Früherziehung geführt werden.
3. Pädagogisches Konzept und Finanzierungskonzept für die Kita am Wünsdorfer Platz sind bis zur nächsten ordentlichen SVV am 12. Mai 2010 und vorher im Bau- und Bildungsausschuss vorzulegen.

Frau von Schrötter erklärte, dass sie diesen Antrag sehr gut fände, sie aber den Punkt 2 streichen würde. Der Antrag sollte erst in den Fachausschüssen beraten werden. Der Antrag solle als Idee wahrgenommen werden.

Nach kurzer Diskussion darüber, was passieren würde, wenn der Antrag heute nicht beschlossen werden würde, bat Frau von Schrötter, einen Vertreter der Stadt Ludwigsfelde zum Thema Finanzierungskonzepte zu einer nächsten SJBS-Sitzung einzuladen. Weiterhin bat sie darum, den Antrag nicht nur auf die musikalische Früherziehung zu beschränken.

Nach weiteren Diskussionen bat Herr Kühnapfel um Abstimmung zu dem vorgelegten Antrag mit folgenden Änderungen:

- Der Betreff wird ergänzt: Betr. Interessenbekundung zur Kita-Trägerschaft in der Stadt Zossen durch die AWO, **Volkssolidarität, DRK** u. a.
- 1. Sofort mit der AWO, **Volkssolidarität, DRK** u. a. auf der Grundlage des Angebotes vom 15.09./28.09.2009 über ein Finanzierungskonzept für den Bau einer Kita am Wünsdorfer Platz, OT Waldstadt, zu verhandeln. Grundlage sind die bisherigen Planungen für die Kita durch das Büro Plafond, Berlin.
- 2. Gleichzeitig ~~ist~~ **soll** durch die AWO, **Volkssolidarität, DRK** u. a. ein Konzept für die Betreuung der Waldstadtkita mit musikalischer Früherziehung in Zusammenarbeit mit der Kreismusikschule vorzulegen. Diese Kita soll **ggf. mit alternativen** musikalischer Früherziehung geführt werden.
- 3. Pädagogisches Konzept und Finanzierungskonzept für die Kita am Wünsdorfer Platz sind bis zur nächsten ordentlichen SVV am 12. Mai 2010 und vorher im Bau- und Bildungsausschuss **und Finanzausschuss** vorzulegen.

Antrag als Anlage 1 zum Protokoll

Abstimmung zum Antrag in geänderter Form: 20 / 0 / 1

Frau Andrae schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:32 Uhr.

Karola Andrae  
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Miriam Heinrich  
Protokollantin